

Integration & Asyl

Wahlthemen im Parteivergleich



Integration, flickr/Victoria Calligo y Solivella, CC BY-NC-SA 2.0

Position der CDU/CSU

Position der SPD

Position der Linke

Position Bündnis 90/Die Grünen

Position der FDP

Position der AfD

Kurz & knapp: die Zusammenfassung

Kurz & knapp: der Parteiencheck zum Thema Asyl- und Migrationspolitik

Referentin: Politikwissenschaftlerin Theresa King. Der Vortrag wurde im Rahmen der Reihe "Eiskalt serviert" in der LpB BW am 23. August 2017 gehalten.



Logo der Union CDU/CSU

Position der CDU/CSU

Eine Obergrenze für Flüchtlinge, wie sie die CSU lange forderte, steht nicht im Regierungsprogramm. Einig ist sich die Union, dass sich die Situation des Jahres 2015 mit einem Zuzug von fast einer Million Flüchtlingen nicht mehr wiederholen soll. "Nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens wollen wir entsprechende Verträge auch mit afrikanischen Ländern abschließen." Die Union will die Bemühungen verstärken, diejenigen, deren Anträge auf Asyl rechtskräftig abgelehnt werden, abzuschieben.

Für eine erfolgreiche Integration steht für CDU und CSU die deutsche Sprache im Fokus: "Wir streben an, dass Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, Deutsch lernen." Ziel sei, dass jeder schnellstmöglich seinen eigenen Lebensunterhalt bestreiten kann. Wer sich der Integration verweigere, müsse mit Konsequenzen bis zum Verlust der Aufenthaltsbescheinigung rechnen.

(S. 62, 63, 71, 74)



SPD Logo

Position der SPD

Die SPD steht für eine humanitäre Flüchtlingspolitik: "Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben". Allerdings sollten die Flüchtlinge europaweit solidarisch aufgeteilt werden. Zur Bekämpfung der Fluchtursachen will die Partei z.B. das Flüchtlingshilfswerk UNHCR mit mehr Geld ausstatten. Ein Seenotrettungsprogramm solle das "Sterben im Mittelmeer" beenden. Außerdem möchte sie freiwillige Rückkehrer fördern, Sprachkursangebote ausbauen und Helfer stärken. Das Motto der Sozialdemokraten lautet dabei: "Wir wollen ein modernes und weltoffenes Deutschland."

Dauerhafte Einwanderung soll durch ein Punktesystem, das bestimmte Qualifikation erfasst, geregelt werden. Die Sozialdemokraten möchten eine Einwanderungsquote einführen, die der Bundestag jährlich festlegt. Die SPD steht zur doppelten Staatsangehörigkeit. (S. 58-60)



Logo der Linken

Position der Linke

Die Linke fordert sichere Fluchtwege, ein Bleiberecht für alle sowie einen sofortigen Abschiebungsstopp: Man werde sich nicht damit abfinden, "dass Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in Tod und Folter abgeschoben werden." Deutschland ist laut der Partei längst ein Einwanderungsland. Die Linke betont, dass Asyl ein Menschenrecht sei. Sie kritisiert die Diskriminierung von Asylbewerbern am Arbeitsmarkt und fordert den Mindestlohn für alle. "Wir lehnen eine Einwanderungs- und Integrationspolitik ab, die Rechte danach vergibt, ob Menschen den richtigen Pass haben oder als 'nützlich' für Unternehmen gelten."

Die Linke möchte den Fluchtursachen in den Herkunftsländern mehr Entwicklungshilfe und einem faireren globalen Handel entgegensetzen: "Dringend notwendig wäre dagegen, friedliche Konfliktlösungen zu stärken und die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen: einen ungerechten Welthandel und den globalen Kapitalismus." Außerdem will die Partei Waffenexporte sofort verbieten. Den "schmutzigen Deal" mit der Türkei will sie beenden.
(S. 5, 6, 9, 68, 69, 121)



Logo der Grünen

Position Bündnis 90/Die Grünen

In Sachen Integration und Asyl erinnern die Grünen an die eigene Flüchtlingsgeschichte der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg oder aus der DDR. Deutschland solle weiterhin flüchtenden Menschen "Schutz und Heimat" bieten. Die Grünen schlagen vier Punkte für eine geregelte Einwanderung vor: Fluchtursachen bekämpfen, legale Fluchtrouten einrichten, ein schnelleres und faireres Asylverfahren durchsetzen sowie Integration fördern, unter anderem mit einem Integrationsgesetz und mehr Geld für Kommunen.

Sie fordern eine faire Handelspolitik mit armen Ländern, einen Stopp der Rüstungsexporte und mehr Geld für humanitäre Hilfe. Das Asylrecht solle nicht weiter verschärft werden. Der Familiennachzug soll den Plänen der Grünen zufolge vereinfacht, Residenzpflicht und Wohnsitzauflage abgeschafft werden. Das Asylverfahren und die Kontrolle der Grenze müsse allerdings besser geregelt werden, auch durch ein Einwanderungsgesetz. Eingewanderte oder Flüchtlinge sollen schneller Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit haben.

Die Grünen positionieren sich klar gegen die Abschottungspolitik und die Zäune in Europa: "Diese Abschottung ist unmenschlich." Sie stehen für eine faire Verteilung der Flüchtenden zwischen den EU-Staaten. Das Abkommen mit der Türkei möchte die Partei auflösen. Einwanderung von Arbeitskräften soll durch ein einfacheres Einwanderungsrecht attraktiver werden.
(S. 7, 10, 98-110, 115)



Logo der FDP

Position der FDP

"Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte ist für uns unantastbar". Dennoch möchte die FDP eine klarere Unterscheidung zwischen Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern. Einwanderung soll durch ein Punktesystem, das Qualifikationen auflistet, geregelt werden. Flüchtlinge stünden dann bei der Arbeitssuche mit einwanderungswilligen Fachkräften in Konkurrenz. Den gesetzlichen Mindestlohn für Flüchtlinge möchte die FDP abschaffen, ebenso die Vorrangprüfung (bei der Vorrangprüfung wird geprüft, ob für eine freie Stelle ein deutscher oder EU-Bürger zur Verfügung steht, bevor andere die Stelle annehmen dürfen).

In Sachen Integration ist sie gegen Assimilation: "(...) wir lehnen es prinzipiell ab, wenn eine Mehrheit versucht, dem einzelnen Individuum ihre Kultur aufzuzwingen." Die FDP befürwortet die doppelte Staatsbürgerschaft.
(S. 34-36, 42)



Logo der AfD

Position der AfD

Die AfD fordert eine Grenzschießung, um Deutschland vor „überwiegend beruflich unqualifizierten Asylbewerbern“ zu beschützen. Asylpolitik stellt sie hinter innenpolitische Themen: "Vorrang vor Zuwanderung haben familien- und bevölkerungspolitische Maßnahmen." Asyl behandelt die AfD nicht als Grundrecht, es wird dem Nutzen für den Staat untergeordnet nach dem Motto "ausschließlich qualifizierten Zuzug nach Bedarf". Flüchtlinge sollen in erster Linie Zuflucht außerhalb der EU-Grenzen (z.B. in ihren Heimatregionen) finden.

Die AfD fordert nach dem „Abstammungsprinzip“ in Deutschland geborenen Kindern von Migranten die Staatsbürgerschaft zu verweigern. Sie spricht sich gegen den Familiennachzug aus. Zusätzlich sollen in Deutschland lebende EU-Bürger vier Jahre lang aus dem Sozialsystem ausgeschlossen werden.

(S. 28-31)

Kurz & knapp: die Zusammenfassung



Asylpolitik

Partei	Kernforderung
AfD	Grenzen schließen / Zuzug nach Bedarf / Mindestabschiebequote
CDU/CSU	EU-Außengrenzen schützen / bilaterale Abkommen / Abschiebungen
SPD	Kontingente / Europäische Verteilung / keine Abschiebung in Krisengebiete
FDP	Status für Kriegsflüchtlinge / Europäische Verteilung / Abschiebungen
Die Grünen	Kontingente / Europäische Verteilung / Keine Abschiebungen in Krisengebiete / Türkei-Deal aufkündigen
Die Linke	FRONTEX abschaffen / offene Grenzen / keine Abschiebungen in Krisengebiete / Türkei-Deal aufkündigen

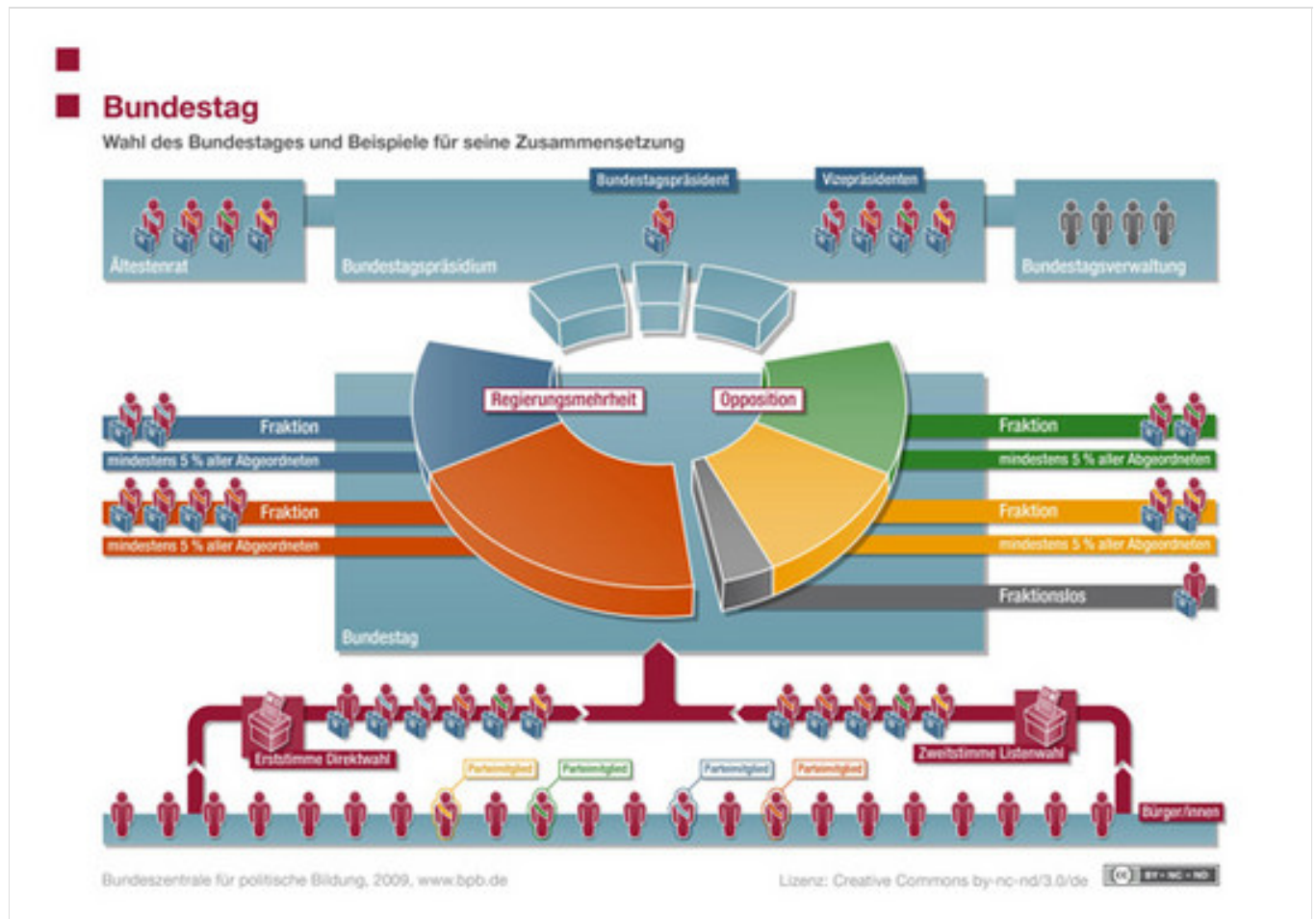
Arbeitsmigration und Integration

Partei	Kernforderung
AfD	Integration als Bringschuld / Staatsbürgerschaft durch Abstammung / Islam gehört nicht zu Deutschland
CDU/CSU	Einwanderungsgesetz / Integrationsvereinbarung / doppelte Staatsbürgerschaft bis zur Enkelgeneration
SPD	Einwanderungsgesetz mit Punktesystem / Integrationskurse für alle / doppelte Staatsbürgerschaft
FDP	Einwanderungsgesetz mit Punktesystem / Rechtskreiswechsel für Flüchtlinge / doppelte Staatsbürgerschaft bis zur Enkelgeneration
Die Grünen	Einwanderungsgesetz mit Punktesystem / Rechtskreiswechsel für Flüchtlinge / doppelte Staatsbürgerschaft / Investitionen in Integration
Die Linke	Keine Quoten, Kontingente oder Punktesysteme / neue Feiertage

23. August 2017 | „Wir schaffen das“ – aber wie?

Die Bilder stammen von der Präsentation der Politikwissenschaftlerin Theresa King, die im Rahmen der Reihe "Eiskalt serviert" am 23. August 2017 in der LpB BW referierte.

PDF: Parteiencheck zu Migrations- und Asylpolitik



Das Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland

Wie wird der Bundestag gewählt? Was ist wichtiger: die Erst- oder die Zweitstimme? Was sind Überhangmandate? Was bedeutet die Fünf-Prozent-Klausel?

mehr dazu lesen

Umfragen zur Bundestagswahl

Wenn am kommenden Sonntag der neue Bundestag gewählt würde...

Die Wahl 2017

Wahlergebnis &
Kurzanalyse
Wahlanalyse
Wahlstatistik
Stimmen zur Wahl
Koalitionsverhandlungen
Rückblick: Das
Wahljahr 2017
Rückblick: Umfragen
Warum wählen?
Termine und Fristen
Einfach erklärt:
Wählen

Das Wahlsystem

Wahlsystem
Stimmabgabe
Wahlrecht
Wahlrechtsreform
Sitzberechnung
Demokratie
Frauenwahlrecht
Häufig gestellte
Fragen

**Parteien und
Spitzenkandidierende**

Parteiübersicht
Spitzenkandidierende
TV-Duelle
Wahlprogramme
Wahlthemen im
Vergleich
Videos: Parteiencheck
Wahlkampagnen
Was sind Parteien?

Der Bundestag

Übersicht
Aufgaben
Abgeordnete
Bundesregierung
Bundeskanzler/-in

Baden-Württemberg

Wahlergebnis BW
2017
Bundestagswahl in
Baden-Württemberg
Direktmandate
Spitzenkandidierende
Landeslisten

Weitere Infos

Materialien der LpB
BW
Allgemeine Links
MedienLinks
Veranstaltungen
Logo Bundestagswahl
2017
Bundestagswahl 2013

Folgen Sie uns auf

